Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Ripper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Mai 2, 1867.

Anzeige Agenten.

Folgende Herren sind unsere authorisirten Agenten um Anzeigen und Subscriptionen für die „Pennsylvanische Staats-Zeitung" in Empfang zu nehmen:

F. T. Loes, 244 Nord Fünfte Straße, Philadelphia, Pa.

Dr. F. Mierson, „Demokrat" Office, Philadelphia, Pa.

C. Meyen, No. 37 Park Row, New-York.

Für Richter der Supreme-Court:

Georg Sharswood,

von Philadelphia.

der Entscheidung der Demokratischen Staats-Convention unterworfen.

Richter der Supreme-Court.

Wir haben schon in einer früheren Nummer mitgetheilt, daß die Advokaten des Northampton und Lecha Distriktes den Richter Maynard als einen passenden Mann für die Supreme-Court Richterstelle empfohlen hätten. Seitdem hat man noch andere Männer für dieselbe Stelle in Vorschlag gebracht, worunter besonders Richter Sharswood von Philadelphia, Richter Graham von Carlisle, Richter Fischer von York, und Richter Kimmell von Chambersburg zu nennen sind — lauter biedere und im höchsten Grade fähige Männer, die dem Amte alle Ehre machen würden.

In letzter Zeit sind jedoch sehr gewichtige Stimmen zu Gunsten des Achtb. Geo. Sharswood laut geworden. Der „Lancaster Intelligencer", Norristown Register", „Sunday Mercury", Philadelphia, „Bedford Gazette" und der „Readinger Adler" haben sich alle zu Gunsten des Hrn. Sharswood erklärt.

Ohne die Empfehlung irgend eines der übrigen tüchtigen Männer im geringsten zu schmälern, können wir dennoch nicht unsere Zuneigung zu Hrn. Sharswood verhehlen, weil wir in ihm gerade den rechten Mann für die jetzige Crisis erblicken. Er ist ein Mann von großer Gelehrsamkeit und Fähigkeit, der eine Zierde für das Amt sein würde.

Wie der Philadelphia „Mercury" richtig bemerkt, sind Worte der Belobung über Richter Sharswood ganz überflüssig. In all den Befähigungen, welche einen großen Juristen kennzeichnen, stehen ihm nur wenige gleich, ist ihm keiner überlegen. Seine Gelehrsamkeit spricht aus zahlreichen Werken, die er verfaßt oder annotirt hat, und erwies sich in den unübertrefflichen Vorlesungen, welche er viele Jahre lang vor den verschiedenen Classen der Rechts-Schule der Universität von Pennsylvanien gehalten. Niemand kann seine Anreden an Juries oder seine Rechts-Entscheidungen vom Richterstuhl anhören, ohne die Ueberzeugung zu gewinnen, daß er kein gewöhnlicher Mann ist. Wie man in Philadelphia seine hervorragenden Fähigkeiten und seinen edlen Rechtssinn zu schätzen weiß, bewies seine einstimmige Wiedererwählung in 1861. Wir halten uns für gerechtfertigt in der Behauptung, daß Richter Sharswood besser qualifizirt ist zur Füllung der Vacanz in der Supreme-Court, welche durch das Zurücktreten von Richter Woodward veranlaßt wird, als irgend ein anderer Richter oder Advokat in diesem Staate; und daß er bei Weitem der stärkste Mann ist, der bis jetzt mit der Nomination in Verbindung gebracht wurde.

Die Wahl eines Richters der Supreme Court begreift in sich alle die brennenden Tagesfragen mit weit mehr direkter Beziehung als selbst die eines Gouverneurs. Alles was jetzt die Parteien trennt, sind constitutionelle, sind Rechts-Fragen. Zudem wird die Wahl eines Richters diesen Herbst die politische Complexion der Supreme Court von Pennsylvanien entscheiden. Obgleich wir bereitwillig zugestehen, daß der Richterstand in den Ver. Staaten viele ehrenhafte Beispiele geliefert hat, daß er seine Ehre zu wahren weiß und sich seiner Würde bewußt ist, so sind doch in den letzten Jahren leider auch nur zu viele Fälle vorgekommen, wo Richter der höheren Courten sich als weiches Wachs in den Händen fanatischer politischer Führer erwiesen. Wie wichtig daher für alle Freunde des constitutionellen Rechtes, einen Mann zu dieser Stelle zu erheben in Pennsylvanien, der als würdiger Nachfolger des hochgefeierten Richters Geo. W. Woodward aufgestellt werden kann! Wie wichtig auch, daß ein Mann als Candidat aufgestellt werde, dessen Erwählung möglich ist!

In Hrn. Sharswood haben wir, wie schon bemerkt, den rechten Mann für diese Stelle. Er sucht weder dieses noch irgend ein anderes Amt, sondern läßt das Amt ihn suchen. Die demokratische Convention kann keine stärkere Nomination machen und das Volk von Pennsylvanien keine bessere Auswahl treffen.

In Uebereinstimmung mit diesen unsern ausgesprochenen Gesinnungen, stellen wir deßhalb heute den Namen des Richters Georg Sharswood an die Spitze unserer Spalten, unterworfen der Entscheidung der demokratischen Staats-Convention.

Wo soll das enden?

Verbrechen aller Art nehmen in diesem Lande auf eine schreckliche Weise zu. Man hört fast von nichts als Mord, Raub, Brandstiftungen, Entführungen, Schwindeleien und drgl. mehr. Alle Zeitungen sind damit angefüllt. Kaum ist das eine Verbrechen begangen, so hört man schon wieder von einem andern. Raub- und Mordlust sind im höchsten Schwunge.

So hören wir durch einen geschätzten Freund, daß auch das friedliche Städtchen Zelienople in Butler County, Pa., von einer Raub- und Mordbande jetzt heimgesucht wird. Am 13. April wurde der Stall der Hrn. Jakob Schöni in Zelienople niedergebrannt, wobei ein Pferd und eine Kuh nebst Buggy und Pferdegeschirre mitverbrannten. Am darauffolgenden Abend brannte die große und werthvolle Scheune des dortigen Waisenhauses nieder, und am nächsten Abend der Stall der Plankenweg-Compagnie. Alle diese Feuer sind ohne Zweifel das Werk von Brandstiftern.

Wahrlich, wir leben in bedenklichen Zeiten, und wenn diesen Verbrechen nicht gesteuert wird, so möchte man wohl fragen: Wo soll das enden? Wir wissen blos ein Mittel, durch welchem denselben gesteuert werden kann, und das ist einfach die Einführung strenger, summarischer Bestrafung der Verbrecher. So lange unsere Courten mit ihren „Spottverhören" (möchte man beinahe sagen) fortdauern, so lange nicht energischer eingeschritten wird, gerade so lange werden wir diese Verbrecher unter uns haben, die Gott und dem Gesetz Hohn sprechen.

Mag man die Nase über Deutschland rümpfen so viel man will, das muß jeder wahrheitsliebender Mensch zugeben, daß die dortigen Gerichte keinen Spaß mit Verbrechern treiben, mag einer reich sein oder arm. Allein wie ganz anders ist es hier?

Welch ein Contrast!

Daß die Radikalen in der letzten Gesetzgebung von Pennsylvanien eine überwiegende Mehrheit hatten, weiß ein Jeder; (im Senat hatten die Demokraten blos 12 Mitglieder gegen 21 Radikalen; im Hause 33 Dem. gegen 67 Rad.) mithin konnten sie auch nach Belieben schalten und walten. Daß dieser Körper aber auch einer der corruptesten, verschwenderischsten und niederträchtigsten war, wird selbst von republikanischen Blättern zugestanden. Der „Pittsburger Freiheitsfreund", ein radikales Blatt vom reinsten Wasser, sagt:

„Gott sei Dank, unsere Gesetzgebung hat sich jetzt vertagt. Die meisten der Unmaße von Gesetzen sind Gottlob blos lokaler Natur, und beziehen sich entweder auf Corporationen oder einzelne Lokalitäten im Staate. Es ist im Ganzen ein mißliches Ding um eine solche Gesetzgebung."

Aber nicht allein der „Freiheitsfreund" zieht gegen seine „Gesinnungstüchtigen" los; auch unser Nachbar vom „Lancaster Volksfreund" hat den Muth, den Herren Radikalen die Wahrheit zu sagen, indem er in Bezug des Betrugs und Verschwendung der letzten Gesetzgebung bemerkt:

„Von Todten und Abwesenden soll man, nach dem Sprüchworte, nichts Uebles reden. Aber es wird uns in diesem Falle schwer, diese Vorschrift nicht zu übertreten, denn die guten Thaten der jetzt zu ihren Vätern heimgegangenen Gesetzgebung, waren sehr wenige, aber ihre Fehler und Sünden waren zahlreich und schwer und werden dem Volke noch längere Zeit im Gedächtniß bleiben.

Der Schluß einer so wenig segensreichen Sitzung wird daher, wie wir glauben, wenig Bedauern erregen. Nur wenn das Volk von Pennsylvanien aus dem Benehmen der Gesetzgebung in Harrisburg die Lehre ziehen wollte, daß es künftig sorgfältiger bei der Auswahl seiner Repräsentanten zu Werke gehen muß, würde die jetzt beendigte Sitzung etwas wirklich Wohlthätiges und dauernd Gutes zu Wege gebracht haben."

Ganz die Wahrheit. Wenn aber unsere Herren Collegen von der radikalen Presse ihre eigene Parteigenossen selbst der Corruption beschuldigen, ist es dann nöthig, daß **wir** deren Schandthaten noch weiter aufdecken?

Wie ganz anders ist es, wo die Mehrheit der Gesetzgeber aus Demokraten besteht. Man schaue nur z. B. nach unserem Nachbar-Staate Maryland. Dort hat man die Entscheidung der Frage: „ob die Baltimore Stadt-Eisenbahn-Compagnie befugt sein soll, ihre Karren an den Sonntagen laufen zu lassen" dem Volke überlassen, und das Volk von Baltimore hat die Frage mit einer Mehrheit von 1,883 bejagend entschieden.

Die Bürger von Philadelphia wünschten ein ähnliches Recht von unserer Gesetzgebung zu erlangen; aber nein! hieß es bei unsern Radikalen; der gemeine Pöbel hat keine Rechte; wir sind die Leute die zu sagen haben, was das Volk zu thun und zu lassen hat. Das ist Radikalismus.

Wie die Radikalen verfahren.

Die Court von Indiana County, Pennsylvanien, ertheilte letzthin fünf Lizensen an die Wirthshäuser in der Stadt Indiana, weigerte sich aber, irgend eine Lizens an eines der anderen Wirthshäuser im County zu ertheilen! Diese Entscheidung hat unter allen Parteien böses Blut erregt, — unter den Temperenzlern, weil Lizensen für die Stadt überhaupt ausgegeben, und unter den Wirthen, weil man sie im County zurückgesetzt.

Ist solches Verfahren recht? Wenn das Ausschenken spirituöser Getränke eine Sünde ist, warum ertheilt man denn Lizensen; und wenn es keine Sünde ist, warum gibt man nicht Allen gleiche Rechte? Doch, Indiana ist durch und durch radikal „schwarz", und "dat is, what's de matter", wie Sambo gewöhnlich sich ausdrückt.

Alle Ehre dem Manne.

Am vorletzten Sonntag fuhr eine Kutsche mit zwei Pferden durch die Straßen von Philadelphia. Als sie an dem Custom-Hause vorbei fuhr, sprang ein Mann, ein deutscher Schneider, Namens Lindner, den Pferden in die Zügel, und erklärte der in der Kutsche sitzenden „Herrschaft", da das Fahren der Eisenbahnwagen an den Sonntagen verboten sei, so hätten sie auch kein Recht mit ihrer Kutsche zu fahren. Der junge Mann, der gewissermaßen ganz im Rechte war, wurde wegen seiner „Freiheit" arretirt, mußte $3 Strafe bezahlen, und wurde noch unter $500 Bürgschaft bis zu seinem Erscheinen vor der Court gestellt. Das geschah in der „Stadt der Bruderliebe", wo die Radikalen Temperenz- und Sabbath-Mucker das Ruder führen!

Die Philadelphia „Freie Presse" berichtet über den Vorfall:

„Lindner unterhielt sich mit mehreren Anderen vor dem Custom-Hause in der Chestnut Str., als eine Equipage dahergefahren kam, in welcher die Frau des Generals Cadwallader saß. Lindner sprang in die Mitte der Straße, ergriff eines der Pferde am Zügel und hieß den Kutscher anhalten, da er nach dem Sonntagsgesetze Sonntags nicht über die Straßen fahren dürfe. Der Kutscher ersuchte ihn, loszulassen, doch fühlte sich Herr Lindner dazu nicht aufgelegt, sondern gab erst nach, als ein Polizist, der leider seine Pflicht thun mußte, (sein Name ist Wilson) ihn verhaftete. Er wurde darauf vor Alderman Beitler gebracht und mußte zuerst $3 Strafe zahlen und dann $500 Bürgschaft für fernere Wahrung des Friedens stellen.

Herr Lindner war zur Zeit der That vollständig nüchtern und bereut dieselbe auch jetzt durchaus nicht; im Gegentheil wünscht er, daß nur 5000 Menschen dasselbe thäten. Dies würde allerdings den Sachverhalt bald ändern."

Erhalten einen Fußtritt.

Die New-York „Tribune" gibt solchen Republikanern, die den „Nigger" noch nicht mit „Haut und Haar" schlucken wollen, folgenden Fußtritt:

„Männer, die behaupten, daß blos der Weiße zum Stimmen berechtigt sein sollte, mögen für die Stellung die sie einnehmen, wohl passen; allein für sie ist kein Platz in der republikanischen Partei. Alle solche die innerhalb unserer Partei bleiben, halten zehn andere Stimmen draußen."

So spricht Horace Greeley. Das ist ein Wink für jeden Republikaner, dessen Schamgefühl es noch nicht zugibt, sich auf gleichem Fuße mit den Schwarzen zu stellen, jene Partei zu verlassen. Greeley zieht also zehn pechrabentintenschwarze, unwissende Neger einem ordentlichen weißen Manne vor. — Wie bescheiden!

Die Lage in Europa.

Wie aus den letzten Nachrichten aus Europa zu ersehen ist, hat die Luxemburger Affaire eine ernste Gestaltung angenommen. Die Erklärung des Kaisers der Franzosen bezüglich seiner Ansprüche auf Luxemburg, scheint in Europa die allgemeine Ansicht gewonnen zu haben, daß er gezwungen sein werde, der kriegerischen Stimmung des französischen Volkes Rechnung zu tragen, wenn er nicht Gefahr laufen wolle, seine Dynastie dem Frieden zu opfern.

In Deutschland fängt man an, den angeblichen Friedensversicherungen des französischen Kaisers zu mißtrauen. Der Kölnischen Zeitung zufolge glaubten Manche, die französische Regierung suche nur Frist zu gewinnen, um zum Kriege zu rüsten; Napoleon spiele mit seiner Friedensliebe falsches Spiel. Indessen liegen für ein solches Mißtrauen keine hinlänglichen Beweise vor. Im Gegentheil beweisen die letzten Handlungen der Regierung, daß es ihr nicht darum zu thun war, die kriegerischen Leidenschaften der Franzosen noch mehr aufzustacheln, indem der Straßenverkauf derjenigen Blätter, welche am heftigsten zum Kriege hetzten, verboten wurde.

Die preußische Regierung ist augenscheinlich in einer ähnlichen Lage wie die französische. Sie wünscht den Frieden, wird aber durch die Volksvertreter dazu animirt, auf alle Fälle an Luxemburg fest zu halten. Ganz Deutschland war und ist von einer nationalen Stimmung bewegt, die es klar herausfühlt, daß eine mit deutschem Gelde und offenbar gegen Frankreich ausgebaute Festung nicht den Franzosen überliefert werden dürfe.

Es ist sicher, daß Preußen die Festung nicht räumen wird, und wenn Frankreich auf seinem Vorsatze, dieselbe zu besitzen, beharren sollte, dürfte der Krieg unvermeidlich sein. (Nach den neuesten Nachrichten soll die Räumung bereits stattgefunden haben.)

Die Stimmung in Deutschland ist einer entschiedenen Politik Preußens durchaus günstig, denn in dem ganzen Volke, im Süden wie im Norden, tritt jetzt die stärkste Seite des nationalen Einheitsgefühls in der Entrüstung hervor, die sich schon bei dem bloßen Gedanken an eine Abtretung deutscher Erde an Frankreich zu erkennen gibt. Deutschland ist es müde, sich fortwährend von jener Macht bedroht zu wissen, das Gefühl seiner Würde leidet darunter, daß eine Regierung, wie die französische, aus seiner innern einheitlichen Gestaltung einen Anspruch auf Einmischung und Entschädigung abzuleiten wagt. Mag das politische Gleichgewicht auch wirklich gestört worden sein, Deutschland hat kein Interesse daran, es aufrecht zu erhalten, wenn seine Schwäche, seine Getheiltheit die Nichtbefriedigung seines Einheitsdranges die nothwendige Bedingung dieses Gleichgewichts war.

Die Haltung der österreichischen Regierung ist unter diesen Umständen von außerordentlicher Wichtigkeit, und Preußen muß es fühlen, weil es sich jetzt so angelegentlich um eine Allianz mit derselben Macht bewirbt, mit der es erst vor wenigen Monaten auf Tod und Leben stritt. Wiener Blätter, selbst die officiösen, haben freilich seit einiger Zeit angefangen, sich immer günstiger über Preußen auszusprechen und die Vortheile ins Auge zu fassen, die Oesterreich daraus erwachsen würden, wenn es sich an ein starkes Deutschland anlehnen und bei der rasch aufsteigenden Machtentwickelung desselben nicht bloß den Rücken gedeckt, sondern auch einen reichen Zufluß geistiger und wirthschaftlicher Kräfte von ihm erhalten würde. Durch den rechtzeitigen Abschluß einer Allianz zwischen Preußen und Oesterreich könnte aber überhaupt der Krieg vermieden werden, denn es läßt sich unmöglich annehmen, daß Frankreich, welches sich jetzt ganz ohne zuverläßliche Allianzen befindet und im vorigen Sommer nicht einmal mit Preußen allein einen Krieg riskiren mochte, jetzt selbst dem von Oesterreich unterstützten gesammten Deutschland sich gewachsen fühlen sollte.

Correspondenz der „Staats-Zeitung."

Philadelphia, April 28. 1867.

Lieber Freund Ripper!

Das Sprichwort: „Er hat die Rechnung ohne den Wirth gemacht", bewährt sich sehr oft, so auch mit mir; denn ich hatte mir fest vorgenommen, Dir nun recht oft aus der Stadt der Bruderliebe zu schreiben, da wird mir aber auf einmal ein Strich durch die Rechnung gemacht, und muß ich jetzt bald singen:

Morgen reis' ich weg von hier,
Und muß Abschied nehmen,
O du allerschönste Zier
Scheiden das gibt Thränen ꝛc.,

denn ich soll nach Europa. Aber ach! da könnte ich auch wieder die Rechnung ohne Wirth machen, und Herr Bismark und Monsieur Napoleon mir einen Strich hinein fügen. Doch, sei es wie es wolle, mein Versprechen hatte ich; bekommst Du keine Briefe von Philadelphia, so sende ich Dir solche von Preußenhessen, Preußennassau, aus Paris oder am Ende gar aus dem Schwabenländle, wovon Du alter Kauz doch auch immer gerne hörst, weil dort noch eine alte Flamme von Dir brennt — Aha! — Nun, Spaß bei Seite; da ich eine geraume Zeit nicht in Deiner Nähe sein kann, so empfehle ich Dir dringend, Deine demokratische Garde wie bisher, fort und fort zu exerziren, um diesen Herbst kräftig mit in den Wahlkampf ziehen zu können, und ich sage Dir, drauf müßt ihr schlagen Mann für Mann, bis keiner von den Landesverderber sich mehr muckt; denn diese Menschen sind vom Teufel besessen, und scheinen alle ihre Pläne aus der Hölle zu holen, damit unser so herrliches Land total zu Grunde gerichtet wird. An der Spitze der zu klopfenden Fanatiker, steht Thad Stevens, der mit Recht eine Geißel Gottes genannt werden kann; denn Alles was dieser „Gott sei bei uns" thut, ist zum Verderben, wenn es auch von Anfang den Schein des Guten hat.

Also, General Ripper, drauf los geschrieben, verständig; warne das Volk vor dem ferneren Unglück, das die Radikalen über unser Land bringen wollen; siehe, es öffnet die Augen! zeige ihm die Verderber, und es wird das Joch von sich schütteln. Ist es mir nur möglich, werde ich auch bei dem Wahlkampfe sein; und siegen wir, dann wird mich wahrscheinlich der Stadtrath von Harrisburg einladen, und 65er wird's regnen soviel als bei der Sündfluth Wasser, denn das Vaterland wird ja gerettet, gerettet aus den Händen der Schwindler, Fanatiker, Mucker oder Gotteslästerer und Heuchler. Atilla Stevens wird sich wieder verkriechen und sein Name ewig auf der Liste der Volks- und Landesverderber stehn.

Also: Frisch auf Kameraden,
auf's Pferd, auf's Pferd! —

Nun lieber Ripper, Spaß bei Seite, wenn Du oder sonst Jemand an Eure alte Flamme etwas auszurichten habt, so schreibts mir heimlich zu; ich bin der Kerl der Alles pünktlich ausrichtet; und solltet Ihr Adressen haben, wo man Wein ꝛc. umsonst bekommt, so vergesset sie nicht zu senden; werde, wie gesagt, Alles pünktlich ausrichten, und Euch, wenn ich zurückkomme, von Flamme und Wein erzählen, daß Euch das Maul nach 10 Jahren wässert. — Später mehr von Deinem

Alten v. Berge.

Höchst Wichtig!

Die erste große Schlacht auf Luxemburgischem Boden zwischen Preußen und Franzosen geschlagen!!!

Preußen eine Schlappe erhalten!

In dem Salon des Herrn Thilly in Cincinnati, welcher von Geburt ein Luxemburger ist, kam es in der jüngstverflossenen Zeit zwischen einem Preußen und einem Franzosen zum Disput über die gegenwärtige Kriegesfrage zwischen den beiden Mächten. Der Franzose machte einige sarkastische Bemerkungen über den Preußenkönig, welche der Preuße, erkühnt durch die Wirkung der Zündnadelgewehre während des letzten Krieges in Deutschland, mit einer tüchtigen Ohrfeige erwiderte. Dies empörte natürlich den stolzen Franzosen; er warf den Preußen zu Boden und bearbeitete ihn dermaßen, daß sich der Zündnadelgewehr-Landsmann gezwungen sah, um „Pardon" zu bitten. Er würde sicherlich übel zugerichtet worden sein, hätte sich nicht der Luxemburger eingemischt und die Feinde von einander getrennt mit der peremptorischen Bemerkung, daß er nicht gesonnen sei, auf seinem Grund und Boden Blutvergießen zu gestatten.

Mord in Wilmington, Del.

Wilmington, Del., 29. April. Pusey Smith, der Eigenthümer des hiesigen „Indian Queen Hotel" ist heute Morgen von Jos. Pratt im Hause des Letzteren mit einem Messer gestochen worden. Die That geschah in einem Schlafzimmer. Pratt machte keinen Fluchtversuch; er wurde bald nach der That verhaftet. Smith lebte noch etwa eine Stunde. Ein Gerücht sagt, daß der Grund der That in den allzu vertraulichen Beziehungen Smith's zu der Gattin Pratt's zu suchen sei.

Aus Europa.

Depeschen mit dem atlantischen Telegraphen.

Frankreich.

Paris, 22. April. Aus unzweifelhaft guter Quelle wird berichtet, daß der Kaiser Napoleon, der seine Vorbereitungen zu einem Kriege trifft, sich mit der Absicht trägt, einen Versuch zu machen, in den Ver. Staaten Waffen anzukaufen.

Die Anzeichen dafür, daß es wegen der Luxemburger Frage zu einem Kriege kommen wird, mehren sich.

Man sagt, daß die neutralen Mächte ein Compromiß zur Schlichtung der Streitfrage vorgeschlagen haben, doch zeigte Preußen sich nicht geneigt, auf dasselbe einzugehen.

Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland.

London, 22. April, Abends. Man hat alle Hoffnung auf Erhaltung des Friedens zwischen Frankreich und Preußen aufgegeben. Preußen trifft in aller Stille seine Vorbereitungen zu dem in Aussicht stehenden Kampfe. Die Wahrscheinlichkeit eines bevorstehenden Krieges auf dem Continent hat auf der Londoner Börse nicht wenig Bestürzung hervorgerufen und, wie die Dinge liegen, muß man sich auf eine allgemeine Panik auf dem europäischen Geldmarkt gefaßt machen.

Preußen und Deutschland.

London, 24. April, Abends. Preußen hat auf den Vorschlag zur Lösung der Luxemburger Frage, die neulich von den europäischen Großmächten in Anregung gebracht wurde, geantwortet und stellt in Abrede, daß es Vorbereitungen zum Kriege treffe; erklärt aber, daß Preußen Luxemburg nicht räumen werde. Der Krieg wird jetzt beinahe als gewiß betrachtet.

Frankreich.

Paris, 25. April, Abends. Ein Leitartikel offiziellen Charakters im heutigen „Constitutionel" erklärt, daß Frankreich keinen Krieg wünsche, und alle mit seiner Nationalehre verträglichen Mittel anwenden werde, um denselben zu verhüten.

Schweiz.

Bern, 25. April. Die Schweizer Regierung wird eine Observations-Armee an der französischen Grenze aufstellen.

Gerüchte einer Friedensconferenz.

Paris, 26. April, Abends. Gerüchte über eine bevorstehende Friedensconferenz waren den Tag über in Umlauf und hatten an der Börse die Wirkung, die Renten um einen Franc in die Höhe zu treiben. Das Ganze war jedoch offenbar nur ein Börsenmanöver, denn nach Ablauf der Geschäftsstunden ward dem Gerücht widersprochen und die Renten gingen wieder zurück.

Die preuß. Regierung will die Luxemburger Frage nicht erörtert wissen.

Eine Depesche aus Berlin, datirt von Freitag Abend, meldet, daß die preußische Regierung, eine Interpellation des Reichstags hinsichtlich ihrer Politik in der Luxemburger Frage fürchtend, wodurch neue Verwicklungen herbeigeführt werden möchten, sich geweigert hat, diesen Gegenstand vorläufig vor jenem Körper eingehender zu erörtern.

Ein Friedensplan des Königs der Belgier.

König Leopold von Belgien soll im Begriff stehen, dem Kaiser Napoleon einen neuen, von Rußland herrührenden Vorschlag zur Erhaltung des Friedens zu machen. Luxemburg würde nach diesem Vorschlag neutrales Gebiet bleiben.

Die Luxemburger Frage.

Berlin, 27. April. Die Weserzeitung gibt in ihrem heutige Leitartikel zu verstehen, daß Preußen die Festung Luxemburg räumen werde.

Amsterdam 27. April. Die holländische Regierung stellt es officiell in Abrede, daß ein Anerbieten gemacht wurde, Luxemburg an Napoleon zu verkaufen.

Dänemark neutral.

Die dänische Regierung soll ihre Absicht kund gegeben haben, im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich neutral zu bleiben.

Die deutsch-französische Verwickelung.

Berlin, 28. April. Die Aufregung über die deutsch-französische Verwickelung hat sich etwas gelegt; die Journale beider Länder führen eine ruhigere Sprache. Die ganze Angelegenheit befindet sich jetzt vor dem Forum der Diplomatie, die hoffentlich aus dem Labyrinthe einen Ausweg finden wird, welches die Feinde der preußischen Regierung geschaffen. Die Orleanisten und Bourbonen spielen in Frankreich die Demagogen, die Partikularisten in Deutschland thun hier dasselbe.

Die Regierungen kennen übrigens ihre Leute. Die Völker beider Länder wollen keinen Krieg. Namentlich ist die Stimmung in den Rheinlanden und in Westphalen, wo man voriges Jahr so opferbereit war, entschieden gegen Krieg. Es ist wahrscheinlich, daß Luxemburg von den preußischen Truppen geräumt, aber nicht an Frankreich fallen wird, da sich jetzt, vielfach die Ansicht geltend macht, Napoleon sei jetzt für Deutschland ein guter Nachbar gewesen—eine Ehre sei der andern werth.

Die Friedens-Conferenz.

London, 29. April. Die europäische Conferenz, welche nächsten Monat in London zusammentreten soll, um den Streit zwischen Frankreich und Preußen in Bezug auf Luxemburg zu schlichten, wird aus den Repräsentanten von Großbritanien, Frankreich, Preußen, Oesterreich Rußland und dem König von Holland als Großherzog von Luxemburg bestehen. Es heißt, man habe sich als Basis der Berathungen der Conferenz über folgende Punkte geeinigt.

Erstens. Frankreich soll seine gegenwärtigen Gränzen nicht ausdehnen.

Zweitens. Die Festung Luxemburg soll geräumt und geschleift werden.

Drittens. Der zukünftige politische Status des Großherzogthums soll von der Conferenz festgestellt werden.

Viertens. Die Entscheidung der Conferenz soll von allen daran theilnehmenden Regierungen garantirt.

Nachrichten Per Dampfer.

Deutschland.

Kehl, 9. April. Mit den friedlichen Nachrichten steht in grellem Widerspruch, daß gestern alle in Straßburg zu bekommenden Holz- und Eisenarbeiter engagirt wurden, um in die Arsenale als Hülfsarbeiter einzutreten. Sodann gehen jeden Tag Eisenbahnzüge mit schwerer Artillerie von Straßburg nach Metz, um jenen Platz zu armiren. In Straßburg sind seit über einem Jahr erkrächliche Erdwerke und neue Verschanzungen aufgeworfen worden, um die dahinter liegenden Wälle zu decken. Morgen erwartet man einen französischen Marschall zur Inspicirung dieser Werke, der Zeughäuser u. s. w. Unterrichtete Franzosen glauben: Napoleon könne dem Kriege nicht ausweichen, ohne sich der Geringschätzung der Franzosen auszusetzen. Hoffen wir, daß es der Diplomatie gelingen möge, hier einen Ausszufinden, der, ohne Napoleon bloszustellen, Deutschland in nichts beeinträchtigt. Geht es aber nicht, so werden unsere Nachbarn, welche auf die Uneinigkeit Deutschlands rechnen, sich überzeugen, daß, wie bei ihnen, ein nationaler Krieg alle anderen Rücksichten in den Hintergrund drängt, und alle einig sind.

Köln, 12. April. Eine Deputation der Bürgerschaft von Frankfurt am Main überbrachte am 9. d. Mts. eine Adresse an Herrn Classen-Kappelmann, begleitet von einem prachtvollen Ehrengeschenk. Das Ehrengeschenk besteht in einer vier Fuß hohen, aus gediegenem Silber gearbeiteten korinthischen Säule, auf deren Spitze eine, mit dem Wappen und den Einblemen der freien Stadt Frankfurt bezeichnete allegorische Figur steht. Der Piedestal enteält in Basreliefs den Römerberg, die Pauluskirche, die Germania und das Portrait des Beschenkten.

München, 9. April. In Betreff der diesjährigen Herbst-Waffenübungen der Armee stehen für die nächsten Tage die näheren kriegsministeriellen Anordnungen zu erwarten. Wie man vernimmt, sind größere Truppen-Zusammenziehungen, wahrscheinlich in Divisionen, beabsichtigt, und werden in verschiedenen Landestheilen Lager aufgeschlagen werden.

— Eine Berliner Depesche meldet, daß General v. Göben zum Commandanten von Luxemburg ernannt sei. Diese Ernennung ist gewiß nicht ohne Bedeutung, der Name des Generals hat aus dem letzten Kriege einen zu prononcirten Klang, um nicht einen deutlichen Fingerzeig abzugeben, daß die preußische Regierung energisch aufzutreten gedenkt. In Luxemburg sind zahlreiche Plakate mit Vive Napoleon—Vive la France verbreitet, welche zu Gewaltakten gegen Preußen auffordern. Bei dem in der Festung liegenden Regiment (aus Nassauern bestehen) bemüht man sich, Soldaten zur Auflehnung zu verführen. Es sollen von Seite des Commandos ernste Vorstellungen an die Behörden gerichtet sein.

— Aus Baden. Zwei der bedeutendsten Handelsgewächse Süddeutschlands, Wein und Tabak, waren früher von Preußen einer Uebergangssteuer unterworfen worden, angeblich um die Interessen seiner eigenen Produzenten zu wahren. Die Klagen der süddeutschen Producenten über diese ihnen nachtheilige Ungleichheit der Behandlung, bestimmte endlich Preußen, den widerholten Vorstellungen süddeutscher Regierungen Rechnung zu tragen, und wenigstens die sog. Ausgleichsteuer von süddeutschen Weinen abzuschaffen.

Münster, 4. April. Gestern Abend wurde der Regierungs-Sekretär a. D. von Glaffei von einem Fuhrwerke, dessen Pferde durchgegangen, überfahren, und zwar so unglücklich, daß heute früh bereits der Tod erfolgt ist.

Hannover, 4. April. Die Wuchergesetz sind durch neuste königliche Verordnung in den neu erworbenen Landestheilen aufgehoben.

Süddeutschland.

Die süddeutschen Staaten sollen von Preußen aufgefordert worden sein, sich bereit zu halten; sie haben daher in der Stille angefangen, sich für eine Campagne vorzubereiten.

Die halboffizielle Norddeutsche Zeitung stellt die Angabe der Berliner Kreuzzeitung, daß die preußische Regierung vor Kurzem dem Stuttgarter Cabinet angezeigt habe, daß sie auf den Allianzvertrag mit Würtemberg als unzertrennlich von dem zwischen jenem Staat und Preußen abgeschlossenen Friedens-Vertrag blicke, in Abrede. Die preußische Regierung betrachte es als selbstverständlich, daß der Allianzvertrag vom 13. August die Sanction der württembergischen Stände erheische; sie setze aber auch zugleich das vollste Vertrauen in das deutsche Nationalgefühl des württembergischen Landtags und in die unbedingte Treue der württembergischen Regierung gegen ihre Vertragsverpflichtungen.

Das bairische Abgeordnetenhaus hatte dem König von Baiern am 12. April eine Adresse zugesandt. Fürst Hohenlohe, der Präsident des Ministerrathes ertheilte die Antwort darauf in Vertretung des Königs. Er erklärte, daß Baiern niemals von den Pflichten zurücktreten würde, die ihm für die Bewahrung der nationalen Integrität durch das mit Preußen beschlossene Trutz- und Schutzbündniß auferlegt würden, daß aber auch zugleich die baierische Regierung sich bemühen werde, auf die Erhaltung eines ehrenvollen Friedens hinzuwirken, und er hoffe, daß es der Weisheit der bei der Luxemburger Frage betheiligten Regierungen gelingen werde, einen solchen Frieden zu bewahren.

Frankreich.

Paris, 5. April. Gestern, bei der ersten Vorstellung von Girardin's „Tochter des Millionärs," wurde ein Ausspruch, der ungefähr lautet: „Der Krieg ist der Ruin, der Friede ist das Heil!" mit großer Einstimmigkeit beklatscht. Das ist um so bemerkenswerther als im Parterre sehr viele Studenten sich befanden. Der Temps meint heute auch ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich müsse ein Krieg von Wahnsinnigen genannt werden. Das Blatt schlägt vor, Luxemburg sich selbst zu überlassen und einen neutralisirten Staat daraus zu machen. Die Sprache des gestrigen Abend-Moniteurs hat einen unangenehmen Eindruck auf das Publikum und auch auf die Börse gemacht.

Die Arbeiterstreikes nehmen bedenklich zu. Dem Beispiele der Schneider sind zunächst die Schuhmacher gefolgt, dann wollen die Barbierer, die Haarkräusler, die Blechschmiede und Zink-Arbeiter ihre Thätigkeit einstellen.—Gestern Abend kam es in dem Ausstellungs-Gebäude zu einer blutigen Rauferei zwischen Deutschen und Französischen Arbeitern; es gab Verwundete, die Polizei stellte nur mit Mühe die Ruhe wieder her. Der Kaiser hat die strengste Untersuchung befehlen.

Türkei.

Jerusalem, 6. März. Bald nach meinem letzten Schreiben sind beunruhigende Gerüchte der schwersten Art in unsere Stadt gedrungen. Der Sultan habe, hieß es, in einer durch die Mißerfolge der türkischen Waffen auf Candia verursachten schrecklichen Zornesaufwallung den Beschluß gefaßt seine europäischen Besitzungen fahren zu lassen, um sich in Asien zu concentriren, und zugleich an alle Statthalter den Befehl ertheilt die Christen, wo man sie treffe, zu ermorden und sich ihres Eigenthums zu bemächtigen. Es wurde sogar ein bestimmter Tag, der zweite des Biramfestes (es war das der 6. Febr.) als der Tag bezeichnet an welchem der Blut- und Raubbefehl ausgeführt werden sollte. Von den Fellachen der Umgegend verlautete daß sie vor Begierde nach Plünderung brennen. Obwohl der Pascha den verschiedenen hiesigen Consuln, welche es natürlich an ernstlichen Interpellationen bei demselben nicht hatten fehlen lassen, die Versicherung gegeben, daß jener schlimme Befehl durchaus nicht bestehe, und daß an einen solchen nie zu denken sei, so hat man hier in den Kreisen der Christen doch erst, nachdem der vorhin bezeichnete Tag vorüber war wieder frei aufzuathmen vermocht. Aber auf wie lange wird man der Angst entledigt bleiben dürfen?

Locale Neuigkeiten.

Lancaster, Pa.

Donnerstag, Mai 2, 1867

Demokraten, zur Wahl!

Demokraten von Lankaster! Nur noch wenige Worte!—Bekanntlich findet morgen (Freitag, den 3. Mai) die Wahl für städtische Beamten statt. Die Candidaten auf dem demokratischen Wahlzettel sind ehrbare, charakterfeste Männer, welche zu erwählen, Euch zur größten Ehre gereichen dürfte. Mit besonderem Vergnügen bemerken wir auch viele Deutsche unter den Candidaten, worunter wir die Namen der Herren Eman. Schober, Heinrich Frank, John Deaner, C. Widmeyer, R. A. Schmith, J